

Das Teufelsprojekt

In der Ukraine tobt der Krieg, trotzdem träumen etliche Politiker wieder von billigem Gas aus Russland. Dabei nutzte Wladimir Putin die Pipelines immer als Waffen. Recherchen zeigen: Deutsche Regierungen nahmen das in Kauf

Von Steffen Dobbert und Ulrich Thiele

Ein erfolgreicher Tabubruch geht so: Einer wagt sich vor, der Aufschrei ist groß, doch der erste Schritt ist getan. Andere fühlen sich ermutigt und trauen sich nun auch hervor. Die Anzahl der Tabubrecher wächst, die Empörung verliert an Wirkung und die Gegner werden empörungsmüde. Irgendwann ist der Kipppunkt erreicht, an dem das Tabu kein Tabu mehr ist.

Der CDU-Politiker Thomas Bareiß will mit seinem Vorstoß anscheinend den ersten Schritt zum Tabubruch setzen. Wenn wieder Frieden herrsche, die Beziehungen sich normalisierten, die Embargos endeten, dann könne »natürlich auch wieder Gas fließen«, schrieb Bareiß kürzlich in einem Beitrag im Netzwerk LinkedIn. Weitere CDU-Politiker schlossen sich ihm an. Der prominenteste ist Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer, der schon öfter mit prorussischen Positionen aufgefallen ist. AfD und BSW sind sowieso dafür.

Gemeint sind russische Gaslieferungen durch den nicht zerstörten Strang der umstrittenen Nord-Stream-2-Pipeline. Die anderen drei Stränge von Nord Stream 1 und 2 waren bei einem Sabotageakt im September 2022 zerstört worden.

Hintergrund sind Berichte, wonach ein US-Investor Teile der Ostseepipeline Nord Stream kaufen möchte. Die Inbetriebnahme könnte dann Teil eines Ukrainedeals

zwischen US-Präsident Donald Trump und Wladimir Putin werden.

Vor allem bei den Grünen sorgen die Gas-Träume der CDU-Politiker für Kritik. »Während Wladimir Putin skrupellos in der Ukraine weiterbombt, denken offensichtlich einige Herren im Hintergrund schon wieder an gewissenlose Geschäftemacherei mit den Kriegsverbrechern im Kreml«, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Agnieszka Brugger der taz. Fraktionschefin Katharina Dröge warnt die CDU, »wieder in eine Falle« zu laufen, »mit Ansage und wider besseres Wissen«.

Es ging nie nur um Wirtschaft

Tatsächlich zeigt ein kurzer Blick in die dramatische Geschichte, dass ein Frieden mit den Pipelines – zumindest unter Putin – kaum denkbar ist. Denn sie sind als Waffen gebaut worden. Nord Stream 1 und 2 waren für den russischen Diktator nie primär wirtschaftliche Projekte, sondern dienten drei geopolitischen Zielen: deutsche Abhängigkeit von russischem Gas, Spaltung der EU und Rekolonialisierung der Ukraine.

Dass Putin im Zerfall der Sowjetunion »die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts« sieht, ist bekannt. Um die

»frühere Macht« Russlands wiederzuerlangen, seien »natürliche Ressourcen« der Schlüssel, verkündet der russische Präsident schon Anfang der 2000er-Jahre zu Beginn seiner Amtszeit.

Putins wichtigste Instrumente sind eine Firma und ein Mann: Die Firma ist Gazprom – der russische Staatskonzern ist das wohl mächtigste Erdgasunternehmen der Welt. Und der Mann ist Gerhard Schröder, Deutschlands damaliger Bundeskanzler.

Obwohl schon drei mehrgliedrige Röhrensysteme russisches Gas in die EU transportieren (durch die Ukraine, Belarus und die Republik Moldau), planen Putin und Schröder eine neue Gaspipeline, die die Ukraine umgehen und Russland und Deutschland mit zwei Strängen direkt verbinden soll.

Wenige Tage vor der Bundestagswahl im September 2005 besiegeln sie ihren Deal in einem Hotel am Rande des Berliner Tiergartens. Wenige Wochen nach der Wahl, die Schröder knapp gegen Angela Merkels CDU verliert, übernimmt er den Aufsichtsvorsitz der neu gegründeten Nord Stream AG, einer Gazprom-Tochter. Ein Kommentar in einer polnischen Zeitung kritisiert den Vorgang als »größte Korruptionsaffäre in Europa«. Deutschlands osteuropäische Nachbarn sind historisch sensibilisiert für die imperialistische Gefahr, die vom großen Nachbarn Russland ausgehen kann. Die geplante Pipeline sorgt bei ihnen auch deswegen für Empörung, weil

Steffen Dobbert ist ZEIT-Journalist, **Ulrich Thiele** ist Investigativreporter beim Business Insider.

Gemeinsam haben sie das Buch »Nord Stream: Wie Deutschland Putins Krieg bezahlt«, geschrieben. (Klett-Cotta, 400 Seiten, 18 €). Dieser Artikel ist ein aktualisierter Buchauszug.



sie darin eine strategische Schwächung der kleinen osteuropäischen Länder sehen. Polens Verteidigungsminister vergleicht das Projekt sogar mit dem Hitler-Stalin-Pakt.

Für die Ukraine ist der Gas-Transit eine geopolitische Sicherheitsgarantie. Solange Putins Gaslieferungen nach Westeuropa vom Transit durch die Ukraine abhängig sind, greift er nicht an, so die Hoffnung der Ukrainer. Nord Stream 1 schwächt diesen Schutzschild.

Keine drei Jahre nach der Inbetriebnahme von Nord Stream 1 werden die Befürchtungen wahr. Putin annektiert 2014 die Krim und beginnt einen Krieg im Donbas, im Südosten der Ukraine, der angeblich zum »historischen Russland« gehöre.

Ungeachtet der Warnrufe aus Osteuropa macht sich die deutsche Bundesregierung trotzdem für Putins nächstes Megaprojekt stark: Nord Stream 2, eine weitere Doppel-pipeline zur Umgehung der Ukraine.

Vorangetrieben wird Nord Stream 2 von zwei Günstlingen Gerhard Schröders: Frank Walter-Steinmeier und Sigmar Gabriel sind seit den 1990er-Jahren enge Vertraute des Exkanzlers. Während Schröders Amtszeit trieb Steinmeier als Kanzleramtschef bereits Nord Stream 1 voran.

Im Jahr 2015 führen Steinmeier, mittlerweile Außenminister, und Gabriel als Wirtschaftsminister den Russlandkurs ihres Förderers fort. Obwohl Putins Truppen im Osten der Ukraine bereits Massaker mit Tausenden Opfern angerichtet haben und die Kämpfe andauern, lehnt Steinmeier Forderungen ab, die Genehmigung für den Bau von Nord Stream 2 an die Beendigung des russischen Krieges zu knüpfen. Statt-

Freund und Helfer:

Deutschlands
Ex-Kanzler Gerhard
Schröder (links) im
Jahr 2011 mit dem
Ex-Gazprom-Chef
Alexei Miller und
Russlands
Präsidenten
Wladimir Putin



FOTO: PA/AP/ALEXEI NIKOLSKY

dessen trifft er sich ebenso wie Gabriel mehrfach mit hochrangigen Gazprom-Vertretern, darunter Schröder.

Auch in anderen Bereichen legen sich die Schröder-Günstlinge ins Zeug: Sigmar Gabriel verhindert im Oktober 2015 Gesetzesvorhaben des Umweltministeriums in der Pommerschen Bucht, die zu einer »Verschärfung der Anforderungen an Projekte wie Nord Stream 2« führen würden. Eine Woche später besucht er Putin in dessen Residenz in Nowo-Ogarjowo bei Moskau. Gabriel bittet ihn um ein Autogramm für eine Arbeitskollegin seiner Frau und behauptet, Nord Stream 2 sei »in unserem Interesse« und man wolle die »Einmischung von außen beschränken«. Gabriel meint damit die EU und die osteuropäischen Länder, die dem Projekt kritisch gegenüberstehen.

Steinmeiers Ministerium verteilt im November 2015 ein vertrauliches Dokument unter deutschen Beamten, das angesichts seines Einsatzes für Nord Stream 2 wie blanker Hohn anmutet. Überschrift: »Sprachregelung zu Nord Stream II«. Das Dokument, das in Zusammenarbeit mit Gabriels Wirtschaftsministerium erstellt

wurde, listet Vorgaben auf, wie Vertreter Deutschlands sich öffentlich zu Nord Stream 2 äußern sollen, etwa in Interviews. »Der Bau von Nord Stream 2 ist eine rein unternehmerische Entscheidung«, schreibt Steinmeiers Behörde. Die Bundesregierung verhalte sich dazu »neutral«. Die Anweisungen des Ministeriums entstehen, weil die Bundesregierung »heftige Reaktionen aus Partnerländern« für ihre putinnahe Russlandpolitik und Gabriels Besuch bei Putin erhalten hat.

Vorbereitung für den Angriff

Das Absurde: Eigentlich ist klar, dass die Pipeline unnötig ist. Interne Dokumente beweisen, dass es in Gabriels Wirtschaftsministerium heißt, die für Nord Stream 2 geplanten Rohrleitungen führten zu »redundanter Infrastruktur«. Ginge es lediglich darum, mehr Gas nach Westeuropa zu transportieren, wäre Nord Stream 2 überflüssig. Für mehr Gaslieferungen haben die bestehenden Pipelines genug Kapazitäten.

Nord Stream 2 sei eben nicht aus ökonomischen Gründen geplant worden, sagt Andrij Koboljew schon 2017. Er war der CEO des ukrainischen staatlichen Gaskonzerns Naftogaz und sprach dazu im Deutschlandfunk. Die Ukraine solle umgangen und eine große russische Invasion der Ukraine vorbereitet werden. »Es geht

**Billiges Gas für Deutschland,
Macht und Geld für Russland:**
Bau der Nord-Stream-II-Pipeline
vor Greifswald



dabei nur um das strategische Ziel von Herrn Putin, den Weg für eine umfassende Militäroperation gegen die Ukraine freizumachen.« Wenn Putin sein Ziel mit Nord Stream 2 erreicht habe, würden »die Kämpfe im Osten der Ukraine umgehend an Intensität zunehmen« oder »russische Panzer sogar überall über die Grenzen in alle Teile der Ukraine hineinrollen«. Andrij Koboljew sagte also genau voraus, was 2022 Realität wurde.

Doch in der Bundesregierung und in Mecklenburg-Vorpommern, wo Nord Stream 2 in Lubmin bei Greifswald anlanden soll, werden derartige Bedenken beiseitegewischt. In dem nordostdeutschen Bundesland wird Steinmeiers Russlandpolitik von einer Vertrauten vorangetrieben, die er lange Jahre gefördert hat. Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig sieht in dem Pipelineprojekt die Möglichkeit, sich zu profilieren und für höhere Ämter zu empfehlen.

Später wird Schwesigs Landesregierung sogar, ausgestattet mit Gazprom-Millionen, eine vermeintliche »Umweltstiftung« gründen. Die Stiftung ist hauptsächlich dazu da, die mit einem »wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb« drohenden US-Sanktionen zu umgehen und den Fertigbau von Nord Stream 2 sicherzustellen.

Was Schröder und seine Genossinnen und Genossen vorangetrieben haben, setzt auch die CDU-Kanzlerin Angela Merkel fort. Sie hält sich an Steinmeiers und Gabriels Sprachregelung, wonach die zweite Ostseepipeline nur ein »privatwirtschaftli-

ches Projekt« sei. Doch offenbar ist der Kanzlerin sehr wohl klar, welche Folgen das alles für die deutsche Gaspolitik haben könnte. In kleiner Runde soll Merkel Nord Stream 2 als »Teufelsprojekt« bezeichnet haben. Warum, das zeigt ein denkwürdiges Treffen in Berlin, über das Beteiligte unabhängig voneinander berichten.

Eine fassungslose Delegation

Im Oktober 2018, der Bau von Nord Stream 2 hat vor wenigen Monaten begonnen, kommt eine ukrainische Delegation in das Kanzleramt nach Berlin. Die Ukrainer wollen drei Beratern von Angela Merkel erklären, welche Folgen Nord Stream 2 haben könnte. Der Kreml setze seine Rohstoffe als Waffe ein. Auch Deutschland könne vom Einfluss Putins auf Gazprom betroffen sein, sagen sie. Als die Kanzleramtsmitarbeiter die Sprachregelung der Regierung vortragen, wonach die Pipeline nur eine privatwirtschaftliche Angelegenheit sei, werden die erschrockenen Ukrainer konkreter.

Mit Nord Stream 2 werde eine große Invasion Russlands in der Ukraine sehr wahrscheinlich, entgegnen sie. Sehr viele Kriegsflüchtlinge werde es dann geben, die höchstwahrscheinlich nach Deutschland kommen würden. Die Vertreter der Bundeskanzlerin antworten sinngemäß: Ja, wir wissen, was wir mit ihnen machen werden. Die Ukrainer sind überrascht. Einer erwidert, dass es bei einer Kriegseskalation nicht Zehn- oder Hunderttausende, son-

dern Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine geben werde.

Darauf antworten die Deutschen, sie müssten das nachrechnen. Bisher seien sie von geringeren Zahlen ausgegangen. Die Ukrainer sind fassungslos. Anscheinend nimmt das Kanzleramt für billiges Gas aus Russland bewusst das Risiko einer Kriegseskalation in Kauf, weil man in Berlin die Ukraine in der Einflussphäre Russlands sieht.

Das Kanzleramt dementiert die Schilderungen auf Anfrage nicht.

Das SPD-Trio Steinmeier, Gabriel und Schwesig sowie die CDU-Kanzlerin setzen so eine Energiepolitik durch, die zu einem erheblichen Teil die Kriegswirtschaft des Kremls finanziert. Deutschland überweist dadurch seit Beginn des Angriffskrieges in der Ukraine im Jahr 2014 bis zu seiner Eskalation im Februar 2022 mehr als 104 Milliarden Euro nach Russland. Bis zu einem Drittel der russischen Militärausgaben sind so pro Kriegsjahr gedeckt. In diesen acht Jahren kostet der Krieg 14 500 Menschen das Leben, darunter zahlreiche Zivilisten.

Für Putin hat die Gaspolitik der Bundesregierung zwei Vorteile: Deutschland spült Milliarden in seine Kriegskassen und begibt sich in zunehmende Abhängigkeit von seinem Gas. Bezieht Deutschland im Jahr 2014 noch 41,4 Prozent seiner gesamten Gaseinkäufe aus Russland, sind es 2021 etwa 65 Prozent. Eigentlich sollte im Sinne der Risikostreuung nicht mehr als ein Drittel der Gasimporte aus einem Land bezogen werden, sagen Experten aus der Energiebranche.

Nach der Kriegseskalation im Februar 2022 hat Deutschland zwar seine Gasimporte durch die Nord-Stream-Pipelines eingestellt. Doch Putins Kalkül dürfte lauten: Wenn die Wirtschaft und die Menschen unter hohen Energiepreisen leiden, wählen sie Parteien und Politiker, die für die Wiederaufnahme russischen Gases und eine Wiederannäherung sind – trotz Annexionen und Kriegsverbrechen. Womöglich geht sein Plan noch auf, sollten die Vorstöße der Moskau-Connection aus Bareiß, Kretschmer und Co. Wirkung zeigen.

Putin erkennt die Ukraine nicht als eigenen Staat an. Dass er von seinem Ziel ablässt, die Ukraine zu entukrainisieren und in ein »russländisches Reich« einzugemeinden, ist entsprechend unwahrscheinlich. Eine Inbetriebnahme von Nord Stream 1 und 2 käme einer Waffenlieferung an Putin gleich – schon wieder. ♦



Protest der Leidtragenden: Ukrainer, Georgier und Belarussen demonstrieren in München